

Absenderadresse "Leistungsempfänger", YYYhausen

Jobcenter xxx

X-Straße y

**00000 XXXhausen**

XXXhausen, den xx.yy.zzzz

**Vergleich zur Unter Vorbehalt unterschriebenen Eingliederungsvereinbarung vom xx.yy.zzzz, BG-Nummer: xyz**

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit dem Inhalt und der Art des Zustandekommens der heutigen (so genannten) Eingliederungsvereinbarung war ich wieder nicht einverstanden, weshalb ich sie – erneut – "Unter Vorbehalt" unterschrieben habe.

Wie Ihnen bekannt ist, hat das Sozialgericht xxx in seinem Schreiben vom xx.yy.zzzz, Aktenzeichen xyz, das Vorliegen eines sanktionsfähigen Rechtsverhältnisses im Falle einer "Unter Vorbehalt" unterschriebenen Eingliederungsvereinbarung ausdrücklich **verneint**.

Um sowohl beiden Vertragsparteien als auch dem Sozialgericht xxx weitere unnötige Arbeit zu ersparen, schließen die Parteien den folgenden verbindlichen, nicht anfechtbaren VERGLEICH, der ausschließlich mit Unterschrift beider Parteien Rechtsverbindlichkeit erlangt:

- 1.) Die Vertragsparteien betrachten mit Ihrer Unterschrift die abgeschlossene Eingliederungsvereinbarung vom xx.yy.zzzz als gegenstandslos und das Jobcenter xxx wird hieraus keine Sanktionen oder sonstigen Rechtsfolgen ableiten.
- 2.) Ich werde keine Feststellungsklage gegen die Eingliederungsvereinbarung erheben.
- 3.) Sollte das Jobcenter xxx diesen Vergleich nicht bis zum xx.yy.zzzz unverändert und rechtsverbindlich sowie vorbehaltlos unterzeichnet an mich übermittelt haben (**Datum des Eingangs**), sehe ich mich gezwungen, das Nicht-Vorliegen eines sanktionsfähigen Rechtsverhältnisses aus der o. g. Eingliederungsvereinbarung erneut durch Feststellungsklage feststellen zu lassen. Dem Jobcenter xxx ist bekannt, dass es im Falle der Feststellungsklage nicht mehr zu einem Vergleich, sondern einem URTEIL durch das Sozialgericht xxx kommen wird.

---

Unterschrift "Leistungsempfänger"

---

Unterschrift Jobcenter xxx